

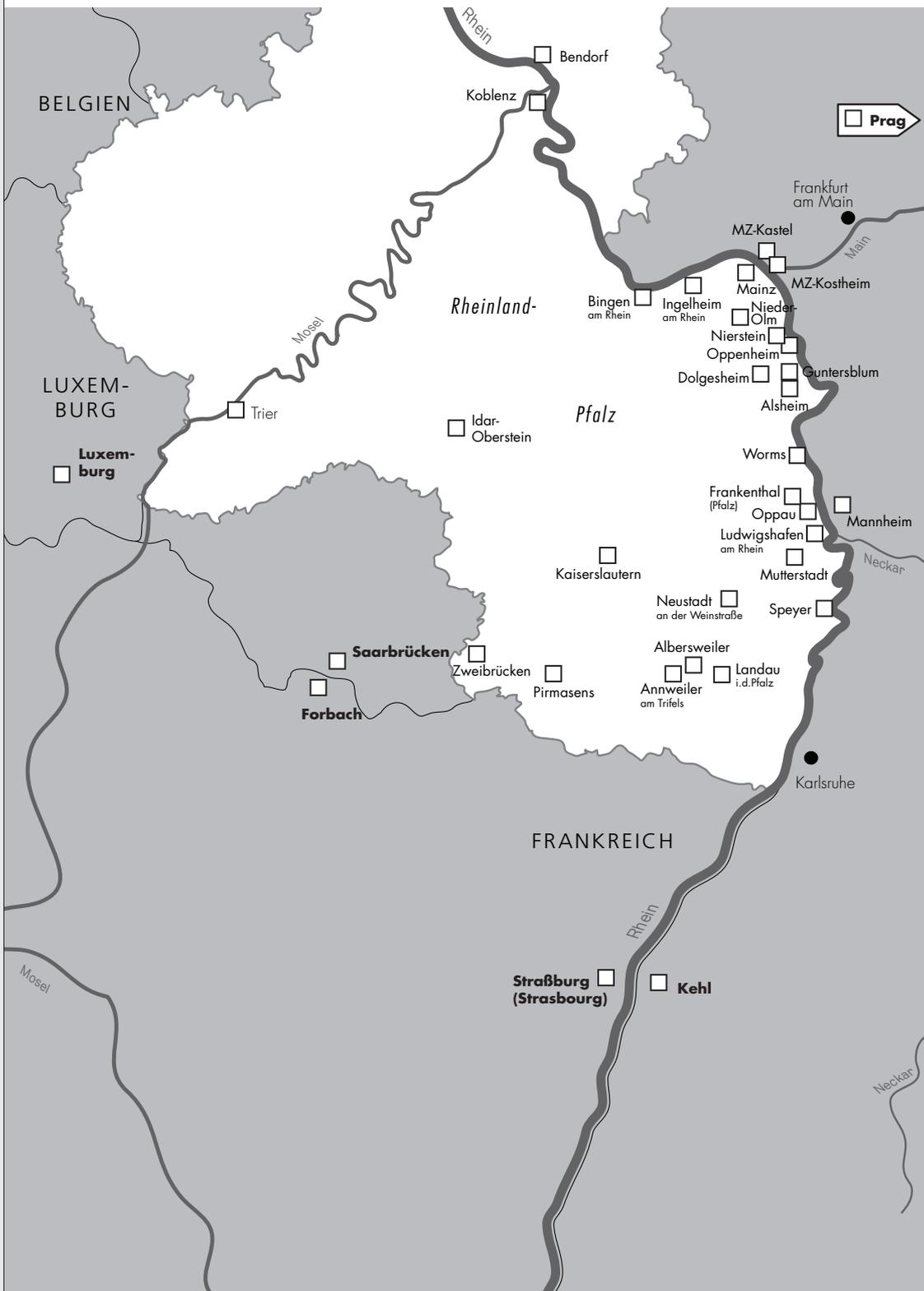
## Widerstand von Sozialdemokraten – eine Einführung

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien hatte sich die SPD im März 1933 geweigert, dem „Ermächtigungsgesetz“ Hitlers, das die dauerhafte Ausschaltung des Parlaments bedeutete, zuzustimmen. Daraufhin wurde ihr am 22. Juni jegliche politische Tätigkeit verboten. Viele ihrer Funktionäre wurden verhaftet und in Konzentrationslager überführt. Ein Teil des SPD-Vorstandes wich in die Tschechoslowakei aus und hielt Kontakt zu den Parteianhängern in der Heimat.

Zwischen 1934 und 1936 konnte die Geheime Staatspolizei (Gestapo) durch zahlreiche Festnahmen das Kommunikationssystem der Sozialdemokraten entscheidend schwächen, sodass diese sich fortan nur noch im Rahmen kleinerer Freundeskreise und Oppositionszirkel trafen. Reste der einstigen Widerstandsgruppen wurden dann spätestens in den 1940er Jahren eingegliedert in das von Wilhelm Leuschner und seinen Mitstreitern geschaffene reichsweite Netz antinazistischer Vertrauensleute, die bei einem erfolgreichen Umsturz unverzüglich aus dem Untergrund hätten hervortreten sollen.

- 1 **Auszug aus: „Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick“ von Axel Ulrich (Beitrag in diesem Band)**
- 5 Am 18. Juni 1933 meldete sich der in die Tschechoslowakei ausgewichene Teil des SPD-Vorstandes mit dem kämpferischen Aufruf „Zerbrecht die Ketten! Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein“ zu Wort. Darin wurden
- 10 die Parteimitglieder in Deutschland auf der Basis „vollkommenster Freiwilligkeit“ zum Kampf „für die Freiheit und den Sozialismus“ aufgerufen. In der Folge versuchte der Exilvorstand der SPD, seine Anhängerschaft in der Heimat durch eine
- 15 Flut antinazistischer Flugschriften und Propagandabroschüren politisch weiterhin zu beeinflussen. Diesem Zweck diente zunächst die eigens für den illegalen Vertrieb bestimmte Teilaufgabe des
- 20 „Neuen Vorwärts“, seit Herbst 1933 vor allem dann das neue Parteiorgan für die konspirative<sup>1</sup> Inlandsarbeit, die „Sozialistische Aktion“, die gleichfalls auf Dünndruckpapier, im Kleinformat und in beachtlicher Auflagenhöhe produziert wurde. Als Anlaufstellen für ihre Geheime
- 25 bzw. um den Nachrichten- und Materialtransfer zwischen den Widerstandsgruppen vor Ort und dem Exilvorstand zu erleichtern, wurden spezielle Grenzsekretariate eingerichtet. Diese befanden sich zwar in unmittelbarer Grenznähe, aber bereits im Ausland. Sie hatten dafür zu sorgen, dass die Belieferung der einzelnen Parteibezirke mit Propagandamaterial reibungslos klappte. Ferner sollten sie von dort regelmäßig Informationen zur politischen, sozialen, wirtschaftlichen und sonstigen Lage abrufen, die der im nationalsozialistischen Sinn „gleichgeschalteten“ Presse nicht mehr zu entnehmen waren. Diese Meldungen wurden
- 40 sodann sorgsam und kritisch ausgewertet, um wiederum in die speziell für die antinazistische Inlandsarbeit produzierte „Sozialistische Aktion“ sowie in die ab 1934 herausgebrachten, recht umfangreichen „Deutschland-Berichte“ einzufließen. Mit letzteren suchte der SPD-Exilvorstand die
- 45 Auslandspresse über die wirklichen Zustände im „Dritten Reich“ aufzuklären und vor der drohenden Kriegsgefahr zu warnen. Auch über den Antisemitismus und die Judenverfolgungen wurde dort immer wieder berichtet, mitunter sogar recht ausführlich.
- 50 Die Widerstandsgruppen, die 1933/34 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz entstanden, wurden durch die von Emil Kirschmann sowie von Georg Reinbold geleiteten beiden Grenzsekretariate Südwest betreut, die über etliche weitere Stützpunkte entlang der
- 55 dortigen Grenze verfügten und deren Einflussbereich sich dabei freilich überschneidete. Zunächst waren sie in Saarbrücken und in Straßburg postiert. Wegen der Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich am 1. März 1935 wichen Kirschmann nach Forbach bzw. nach Mülhausen und Reinbold nach Luxemburg aus. Wegen anhaltender Konflikte Kirschmanns mit dem SPD-Exilvorstand wurde Reinbold dann bald
- 60 allein verantwortlicher Leiter der südwestdeutschen Grenzarbeit. In Mannheim befand sich die zentrale Anlaufstelle für die Materiallieferungen nach der Pfalz, nach Baden und dem südlichen Hessen. Ab dem Winter 1933/34 erfolgte die Belieferung indes etwa ein Jahr lang nicht direkt von
- 65 Straßburg aus, sondern über Basel. Leiter der konspirativen Parteistrukturen in Südwestdeutschland war bis zu seiner Verhaftung im Juni 1934 der frühere Bezirksvorsitzende der Sozialistischen Arbei-
- 70

### SPD Grenzsekretariate im Südwesten



Forschungsstand: Januar 2011

© NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz; Gestaltung: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz

- 75 terjugend für Hessen-Nassau Willy Knothe. Seitdem rückten andere an seine Stelle, im Rhein-Main-Gebiet etwa der vormalige Reichsbanner-Funktionär Paul Apel.
- In den strukturell miteinander vernetzten Widerstandsgruppen waren zumeist jüngere, auf einen antinazistischen Offensivkurs drängende Parteimitglieder, Kameraden des Reichsbanners Schwarz Rot Gold sowie der Sozialistischen Arbeiterjugend zusammengeschlossen. Solche Gruppen bestanden beispielsweise in Mainz, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim, ebenso in Worms, Oppau, Ludwigshafen, Speyer, Neustadt, Kaiserslautern, Landau, Pirmasens, Zweibrücken, Annweiler und Albersweiler. Über Trier, Idar-Oberstein und Kaiserslautern führten Fluchtwege für politisch Verfolgte ins Ausland. [...]

1 Der Widerstand musste im Inland nach den Regeln strengster Geheimhaltung durchgeführt werden.



■ Titelseite des „Neuen Vorwärts“ vom 16. Juni 1933

Arbeitsaufträge

1. Benenne und erkläre die Aufgaben des SPD-Exilvorstandes und der Widerstandsgruppen.
2. Analysiere die Organisationsstruktur des SPD-Widerstandes auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz mit Hilfe der Karte. Markiere die Standorte je nach ihrer Funktion mit unterschiedlichen Farben/Symbolen. Fertige dazu eine Kartenlegende an.
3. Die Exil-SPD in der Tschechoslowakei ruft zwar zum Kampf für die Freiheit auf, jedoch auf der Basis „vollkommenster Freiwilligkeit“ (Z. 9-16). Begründe, warum der Exil-Vorstand seine Mitglieder nicht härter in die Pflicht nimmt.
4. Zur Situation der Sozialdemokraten nach der verlorenen Reichstagswahl im März 1933 schreibt Axel Ulrich Folgendes:  
 „Durch [den] brutalen Terror [der Nationalsozialisten] und andere Unterdrückungsmaßnahmen wurde das sozialdemokratische Organisationspektrum seinerzeit nahezu vollständig gelähmt. Viele Sozialdemokraten wurden in ihren Wohnungen oder auf offener Straße überfallen, anschließend oftmals in den Prügelkellern der SA, aber auch in regulären Haftstätten sowie in den ersten Konzentrationslagern weiter drangsaliert, so beispielsweise in Landau, Neustadt/Weinstraße und Osthofen. Etliche verloren dabei ihr Leben. Zahllose Parteimitglieder zogen sich resigniert ins Private zurück, hofften jedoch darauf, die von der NSDAP angeführte Reichsregierung werde an den gravierenden politischen und wirtschaftlichen Problemen rasch scheitern.“

[H] Schaut euch in eurem Schulbuch das Kapitel über die Endphase der Weimarer Republik an. Erörtert gemeinsam, warum die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, die NS-Herrschaft würde nach ihrer Errichtung bald wieder zusammenbrechen, unter Berücksichtigung der vorangegangenen Jahre durchaus nachvollziehbar war.